



Newsletter des fzs

Wöhlerstraße 19
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand vorstand@fzs.de

Salome Adam
salome.adam@fzs.de

Erik Marquardt
erik.marquardt@fzs.de

Christin Eisenbrandt
Christin.eisenbrandt@fzs.de

Torsten Rekewitz
Torsten.rekewitz@fzs.de

Liebe Studierende, liebe Interessierte,

heute bekommt ihr den zweiten Newsletter des fzs. Auch diesmal haben wir versucht, euch einen guten Überblick über die Arbeit im vergangenen Monat zu geben. Mittlerweile sind das Symposium zur Verfassten Studierendenschaft, welches gerade für die Studierenden im Süden konzipiert wurde und das Seminar zu Vor- und Nachteilen des Bundeshochschulgesetz verlaufen. Vor uns liegt jetzt nur noch das Seminar Hochschulpolitik für Einsteiger*innen, welches HoPo-Einsteiger*innen in ihrer Arbeit unterstützen soll, auf das wir uns sehr freuen.

Natürlich bleibt es dabei, dass ihr den Newsletter gerne kommentieren könnt – mit einer Mail an vorstand@fzs.de. Wir freuen uns über jegliches konstruktives Feedback! Schreibt uns auch gerne, falls ihr euch noch bestimmte Themen oder Rubriken wünscht. Wir versuchen soweit es geht zu informieren, wünschen uns von euch aber auch die Information worüber ihr gerne informiert werden wollt.

Viel Spaß,

euer Vorstand



Inhaltsverzeichnis

Pressemitteilungen	3
Artikel	
Mitgliederversammlung des europäischen Studierendendachverbands	
ESU	4
Studieren ja, Wohnen nein	5
Internationale Nexus Herbstkonferenz	6
Wer hat, dem wird gegeben!-Bildungsgerechtigkeit ist nicht das Ziel ..	8
Aktionstage – Gesellschaft macht Geschlecht! Gegen	
Sexismus und Homophobie	9
Übersicht über die verschiedenen Varianten bei der	
Beschaffung von Kulturtickets	10
Neuregelungen beim Kindergeld! Wichtig für alle Student*innen	
und Schüler*innen!	11
Information für unsere Mitglieder zum Bahncard-	
Großkundenrabatt	11
Ausschüsse	12
Broschürenecke	13
Termine	14

Impressum

Dieser Newsletter soll für alle offen sein! Artikel oder Themen, bei denen ihr meint, dass sie in diesen NL gehören, bitte senden an:

vorstand@fzs.de

Der Einsendeschluss für Artikel oder Themen für den nächsten Newsletter ist der **02.01.2012**.



Was war eigentlich im letzten Monat in der Presse los?

Pressemitteilungen des fzs

- 02.12.2011 Soziale Situation der Studierenden verbessern! - fzs unterstützt Forderungen des Deutschen Studentenwerks (DSW)
- 01.12.2011 Bildungsfinanzbericht offenbart akuten Handlungsbedarf - Der heute vom Statistischen Bundesamt vorgelegte Bildungsfinanzbericht knüpft nahtlos an zahlreiche vorangegangene Statistiken an, die der BRD eine Mangelfinanzierung des Bildungssystems attestieren.
- 01.12.2011 Weltaidstag: Benedikt, mach's mit! - HIV-Stigmatisierung und Diskriminierung bekämpfen - Prävention stärken.
- 16.11.2011 Morgen demonstrieren Zehntausende gegen den Bildungs-GAU
- 15.11.2011 Studienplatz, ja. Wohnung, nein.
- 14.11.2011 Wohin mit dem Geld? - Studentischer Dachverband fordert Ausfinanzierung der Bildung
- 11.11.2011 Bildungsproteste in den kommenden Wochen
- 10.11.2011 Sachzwang schlägt Grundgesetz - Berufswahlfreiheit verkommt zur Utopie
- 27.10.2011 Alles ist gut?! - Bildungsministerin Schavan redet Krise einfach weg

Alle Pressemitteilungen könnt ihr hier <http://www.fzs.de/aktuelles/presse/index.html> nachlesen.



Mitgliederversammlung des europaweiten Studierenden- dachverbands ESU

Vom 07.11. bis 12.11.2011 fand das 61. Boardmeeting (Mitgliederversammlung) unseres europäischen Dachverbandes ESU (*European Students' Union*) in Sofia, Bulgarien statt.

Unter dem Motto „*Social Dimension on higher education*“ ging der eigentlichen Mitgliederversammlung (MV) eine breit gefächerte Seminar- und Workshopphase voraus.

Neben Themen der Diversität im Kontext des europäischen Mobilitätsprojektes Erasmus wurden auch Schwerpunkte eines sogenannten *Social Observatory* (Europäisches Observatorium für die Umsetzung der sozialen Dimension in der Hochschulbildung) besprochen. Außerdem wurde auch ein Schwerpunkt auf Themen des gendergerechten und fairen Umgangs gelegt. Um diesen Themen zusätzliches Gewicht zu verleihen, wurde wie im vergangenen Jahr eine Gender Session durchgeführt, die jedoch diesmal erstmalig durch Beschluss der 60. Mitgliederversammlung in Tallinn nicht mehr geschlechtergetrennt, sondern gemeinsam durchgeführt wurde.

Diese Workshopangebote basierten zu großen Teilen auf einem Dialogprinzip; konkret bedeutete dies, dass weniger etwas vorgegeben wurde, sondern vielmehr Wert auf neue Impulse für die zukünftige Arbeit der ESU im Allgemeinen und den Ausschüssen (sog. *Committees*) im Besonderen gelegt wurde.

Nach wirklich sehr konstruktiven und vor allem neuen Ansätzen begann am Donnerstagmorgen nach einer herzlichen Willkommens-Rede des Staatsministers das Boardmeeting (BM).

Da im Laufe der kommenden Tage noch der Abschlussbericht der vier Delegierten (Melanie Fröhlich, Nico Klein, Christin Eisenbrandt und Sebastian Zimmermann) erscheinen und entsprechend verschickt wird, wird im Folgenden nur kurz auf die wichtigsten Entscheidungen eingegangen.

Zunächst einmal wurden die Staaten: Armenien, Aserbaidschan, Ukraine und Serbien in den Kandidatenstatus gesetzt. Dieses Level ist die sogenannte erste Instanz um nach Ablauf von zwei Jahren die Möglichkeit des Mitgliedsstatus zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurden in verschiedenen Wahlgängen diejenigen studentischen Dachverbände bestimmt, die vor Ort die studentischen Strukturen betrachten, um beim nächsten BM hierüber berichten zu können. Ferner wurde die Kandidatur von Kurdistan abgelehnt.

Auf diesem BM wurden zudem die inhaltlichen Ausschüsse besetzt und gewählt. Zu den einzelnen Kandidaten*innen im Bericht mehr, an dieser Stelle nur so viel: Florian Kaiser, Mitglied im Ausschuss Sozialpolitik und Internationales wurde erneut in den *Social Affairs Committee* gewählt. Gratulation!

Ein ganz wichtiger Punkt bei dem diesjährigen BM waren die Standing Orders und deren *Amendments* (Änderungsanträge zur Satzung).

Änderungsanträge für eine harte 50 % Gender-Quote in der neu eingerichteten *Presidency* (Vorsitz) sowie im *Executive Committee* (Vorstand- EC), aber auch der Antrag auf eine harte 40%-Frauenquote wurden von den Mitgliedern leider abgelehnt. Geeinigt wurde sich auf die 40 % Gender-Quote. Dies bedeutet im Einzelnen, dass in der *Presidency* beide Geschlechter vertreten sein müssen, d.h. ausgenommen vom Vorsitzenden müssen die Stellvertreter*innen sowohl durch einen Mann und eine Frau vertreten sein. Der *Chair* (Vorsitzende) bleibt hiervon unberührt, diese*r wird regulär gewählt. Beim EC bedeutet das im Umkehrschluss (bspw. bei einem fünfköpfigen Vorstand) zwei Plätze sind je mit dem gleichen Geschlecht zu besetzen, der fünfte wird wie bei der *Presidency* geschlechtsunabhängig gewählt. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die meisten studentischen Vertreter*innen eine Frauenquote ablehnen, jedoch eine Gender-Quote für unerlässlich halten.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war das Thema der *Modernization Agenda*, die im Rahmen der EU 2020 Strategie angestrebt wird. Hierin gab es Streitpunkte in puncto Studienfinanzierung. Dreh- und Angelpunkt war die private vs. öffentliche Finanzierung des Bildungssystems.

Ausgesprochen wurde sich mehrheitlich dafür, dass jede*r ein Recht auf Bildung haben sollte, unabhängig vom finanziellen Hintergrund. Bildung muss allen frei zugänglich sein und liegt in der öffentlichen Verantwortung. Studien- und Anmeldegebühren sollen und dürfen kein Hindernis zum Wunsch nach Bildung sein. Vielfalt in der höheren Bildung und die damit einhergehende Reproduktion sozialer Ungleichheit sollte das Credo eines jeden Landes sein.

Der Ausschuss Internationales wird hierzu das Thema in seinem Arbeitsprogramm 2011/12 spezifischer betrachten.

Nach sechs sehr konstruktiven und erfolgreichen wenn auch schlaflosen Tagen, ging am Samstag um drei Uhr morgens das 61. BM zu Ende. Für die vier Delegierten war es eine tolle Zeit und es war sehr konstruktiv und hilfreich, sich nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene bewegen und mitbestimmen zu können.

Christin

Studieren ja, Wohnen nein

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in der Bildungsprotestwoche eine Pressemitteilung, um auf die weiter bestehende schlechte Wohnungssituation aufmerksam zu machen.

Noch immer sind in einigen Studienorten die Notunterkünfte gut besucht und ein Zimmer zu suchen und zu finden gleicht mehr einer Tortur als allem anderen. Gründe dafür gibt es viele. Zum einen die Unterfinanzierung der örtlichen Studierendenwerke, zum anderen eine fortschreitende Gentrifizierung, wodurch günstiger Wohnraum knapp wird. Durch diese haben nicht nur Studierende ein massives Problem, sondern alle deren Geldbeutel nicht eine entsprechende Größe hat.

Immerhin ist die Phantasie groß um neuen Wohnraum zu beschaffen. Es gab vielerorts Aktionen, um zum Beispiel privaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen (ehemalige Kinderzimmer und dergleichen). Teilweise haben die Studierendenwerke Kasernen oder Privatwohnungen angemietet um mehr Studentischen Wohnraum zu schaffen. Doch das alles reicht nicht. Außerdem ist die Prognose gerade für das kommende Jahr noch katastrophaler, wenn wieder zwei doppelte Abiturjahrgänge fertig werden. Gerade der aus Baden-Württemberg wird eine unglaubliche Studierendenschwemme erzeugen. Die genannten Maßnahmen stellen für alle Studierenden keine optimale Lösung dar.



Was ist das für ein Studileben? Anstatt sich auf das Studium konzentrieren zu können, müssen sich Studierende tagsüber via Onlineplattformen zum Beispiel Couchsurfing um einen Schlafplatz für die Nacht kümmern. Oder sie schlafen mit 30 anderen in einem Zimmer. Jede*r kann sich denken, was diese Klassenfahrtsstimmung auf Dauer bedeutet. Nächtliche Erholung sieht anders aus.

Außerdem können sich die, die eine Wohnung erhalten und beziehen konnten auch nicht immer glücklich schätzen. Denn sie stehen dann ab sofort vor der Frage, wie sie sie eigentlich finanzieren sollen. Mehr als 70 % des BAföG-Höchstsatzes werden teilweise für ein Zimmer/eine Wohnung benötigt. Dass das auf Dauer nicht geht, ist vermutlich klar und dadurch bekommt die Aussage der „freien Bildung“ eine weitere Dimension. Nicht nur NCs schränken die Studienfreiheit enorm ein, sondern auch der bezahlbare Wohnraum. Waren es früher einzelne Städte, ist es mittlerweile eine Vielzahl, in der der Wohnraum für alle knapp und teuer ist.

Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen, hatten wir eine „aktuelle Stunde“ dazu im Bundestag gefordert. Diese Idee kam auch gut an, nur wurden/werden gerade andere Schwerpunkte gesetzt in der Bundespolitik, weshalb die Idee trotz mehrerer Anfragen von Abgeordneten nicht umgesetzt werden konnte.

Nichts desto trotz werden wir weiter versuchen, auf dieses Thema aufmerksam zu machen und für eine Verbesserung zu sorgen.

Salome

Internationale Nexus Herbstkonferenz

Das Projekt Nexus der HRK (Hochschulrektorenkonferenz) soll „die Hochschulen bei der Weiterentwicklung der Studienprogramme und dem Ausbau der Studienqualität [...] unterstützen“¹. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden finden in regelmäßigen Abständen Tagungen statt, um den Wissenstransfer voran zu treiben.

Bei der internationalen Herbstkonferenz war der fzs eingeladen, um die Sicht der Studierenden zur *Lisbon Recognition Convention – Principles and Practice* in einem Vortrag mit anschließender Diskussion darzustellen. Es wurde dabei herausgearbeitet, dass mittlerweile sehr viel mehr Studierende – eine Steigerung von über 200 % - als noch zum Beginn der 90er für meist ein Semester an eine Hochschule im Ausland gehen. Jedoch haben 35 %² der befragten Studierenden angegeben, dass ihre Studienleistungen, die sie im Ausland erbracht haben, nicht oder nur zu Teil anerkannt wurden. Diese Zahl ist immer noch enorm hoch! Sie hat sich immerhin im Vergleich zu 2007 etwas verbessert, was daran liegen kann, dass erst 2007 die *Lisbon Recognition Convention* in Deutschland ratifiziert wurde. Es sind damit zehn Jahre zwischen der Unterzeichnung und Ratifizierung dieser Konvention

¹ http://www.hrk.de/de/projekte_und_initiativen/5913.php

² DAAD Studie von 2011 „Anerkennung – (k)ein Problem?!“

vergangen. In der *Lisbon Recognition Convention* ist immerhin im Artikel III 3 (5)³ verankert, dass die Beweisspflicht bei der Anerkennung von Studienleistungen nicht mehr bei den Studierenden liegt, sondern bei der entsprechenden Institution (zum Beispiel Prüfungsamt). Es ist demzufolge zu einer Beweislastumkehr gekommen, die vorteilhaft für die Studierenden ist. Jedoch lässt sich festhalten, dass nur in neun von 16 Bundesländern die Konvention Bestandteil der Hochschulgesetze ist und die Hochschulen selbst zum Teil diese nicht kennen oder nicht kennen wollen. Daher kommt es vielerorts zu Problemen bei der Anerkennung oder es werden Auswege gesucht, um inhaltliche Module nicht anerkennen zu müssen. So gibt es Prüfungsordnungen, in denen gibt es *mobility moduls*, oder Studierenden dürfen nur während einer bestimmten Praxisphase ins Ausland (auf die es jedoch keine credits gibt).

Das jedoch kann nicht im Sinne eines Bologna Prozesses sein und schon gar nicht von Studierenden, deren Wunsch mobil sein zu können und zu dürfen, formal verwehrt wird. Forderung muss es daher sein, keine erschwerte inhaltliche Prüfung voranzutreiben, sondern das zu unterstützen und zu fördern was erlernt wird und tatsächlich dem Studierenden im Studium weiterhilft. Dies bedeutet eben dann auch zwangsläufig, muss es vielmehr um *learning outcomes*⁴ gehen.

Im Endeffekt sollte die *Lisbon Recognition Convention* ein wichtiger Schritt gewesen sein um die internationale Mobilität zu erhöhen. Sie muss jedoch konsequent auf allen Ebenen (vor allem auf lokaler) umgesetzt werden, damit es bei der Anerkennung von Studienleistungen nicht mehr zu Problemen kommt. Außerdem braucht es auch mehr als die formale Möglichkeit ins Ausland zu gehen. Die soziale Dimension sollte und darf auch nicht vergessen werden. Wir brauchen auch ein gerechtes Finanzierungssystem, welches jeder*in ermöglicht eine gewisse Zeit im Ausland zu verbringen, unabhängig vom ihrem*seinem sozialen Hintergrund. Erasmus ist ein Beispiel dafür, jedoch bei weitem nicht befriedigend.

Immerhin wird es jetzt von dem *European Area for Recognition project* ein *recognition manual* geben, das eine Hilfestellung für Institutionen sein soll. Eventuell ist das schon ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Außerdem erarbeitet gerade unser Ausschuss Studienreform Flyer zum Thema Anerkennung für Studierende und Lehrende.

Salome

Wer hat, dem wird gegeben! - Bildungsgerechtigkeit ist nicht das Ziel

Um ein Studium zu finanzieren, brauchen viele Studierende meist jeden erreichbaren Cent. Nebenjob, Bafög und eine Unterstützung der Eltern bilden in der Regel die Basis der Studienfinanzierung.

Die allerneuste Form, dieser Art von „Bildungsfinanzierung“ ist das sogenannte Deutschlandstipendium. Entgegen der Auffassung unserer wertigen Bildungsministerin Annette Schavan handelt es sich hier nicht um einen wirkungsvollen Anreiz zum ehrenamtlichen Engagement vieler junger Menschen, sondern um ein privatwirtschaftliches Instrument, welches die soziale Auslese in unserer Gesellschaft weiter antreibt und verschärft.

³ LRC Article III 3 (5) „The responsibility to demonstrate that an application does not fulfill the relevant requirements lies with the body undertaking the assessment.“

⁴ „Learning outcomes are statements of what a learner is expected to know, understand and/or be able to demonstrate after completion of a process of learning.“ Source: ECTS User's guide p. 35

Die Einführung ist ein weiterer Höhepunkt einer verfehlten Bildungspolitik und verschärft die ohnehin bereits gravierende Bildungsungerechtigkeit.

Seit dem Sommersemester 2011 können sich engagierte Student*innen für das Nationale Stipendienprogramm bewerben. Dieses Deutschlandstipendium bringt den Stipendiaten einen monatlichen Zuschuss von 300 Euro. Davon kommen jeweils 150 Euro von privaten Spendern und aus Bundesmitteln. Dieses Jahr stellt die Bundesregierung Gelder für bis zu 10.000 Student*innen zur Verfügung. In den kommenden Jahren sollen dann bis zu acht Prozent der Studierenden in Deutschland das Stipendium erhalten. Das sind etwa 160.000 Student*innen.

Der fzs lehnt die Einführung des Deutschlandstipendiums ab. Für die starke soziale Selektivität bei der Stipendienvergabe insgesamt, sorgen zum einen sicherlich die durch ein hohes Herkunftsmilieu bedingten besseren Leistungsvoraussetzungen für die dort aufgewachsenen Studierenden, zum anderen aber auch die erwünschten Persönlichkeitsmerkmale.

Ein anderes angestrebtes Ziel des nationalen Stipendienprogramms ist die Vernetzung der Hochschulen mit ihrem jeweiligen regionalen Umfeld und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, sowie die Entwicklung eines attraktiven Hochschulprofils. Der private Anteil, der zudem Voraussetzung für die staatliche Aufstockung ist, wird selbstständig von den Hochschulen eingeworben. Auch wenn letztere mit dem einhergehenden Verwaltungsaufwand maßlos überfordert sein wird, so ist die Idee dahinter die Kontakte zwischen Lehre und Wirtschaft zu effizient und wirkungsvoll zu verknüpfen. Was an dieser Stelle als positiver Effekt verkauft wird, ist mitnichten nur eine bessere Vernetzung, sondern schlicht eine unangemessene Einflussnahme der regionalen und überregionalen Wirtschaft in die Studienfinanzierung. Neben der Tatsache, dass bis zu 2/3 der privaten Finanzmittel mit einer Zweckbindung für bestimmte Fach- und Studienrichtungen versehen werden können, sollen – entgegen dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung – die Geldgeber*innen Mitsprache bei der Auswahl der Stipendiat*innen bekommen. Es ist absehbar, dass die privaten Sponsor*innen überwiegend in Studienrichtungen investieren, die für ihren eigenen Geschäftsbereich nützlich sind. Eine überaus einseitige Vernetzung.

Der fzs lehnt daher auch ausdrücklich auch die Einflussnahme von privaten Mittelgeldgeber*innen auf die Bildungsfinanzierung, wie sie das Bundesgesetz zulässt, ab. Vielmehr ist es Aufgabe des Staates allen Personen ein Studium unabhängig von ihrer finanziellen Situation oder der ihrer Eltern, zu ermöglichen.

Die Bundesregierung hat Kriterien festgelegt, erfüllt werden müssen. Besonders gute Schul- oder Studienleistungen, gesellschaftliches oder soziales Engagement zählen ebenso wie der familiäre und soziale Hintergrund. Wer begabt ist, sich engagiert und zugleich in einer schwierigen familiären oder sozialen Situation aufgewachsen ist und lebt, hat gute Chancen auf die Förderung. Jedoch ist zweifelsohne im Bundesgesetz (StipG) die Wertigkeit nicht auf das freiwillige, ehrenamtliche Engagement gelegt. Mit Hilfe der entsprechenden Verordnung zum Bundesgesetz (StipV) werden Details geregelt, die es den einzelnen Hochschulen erleichtern sollen dieses Stipendium zu vergeben. Jedoch fehlt die Motivation und das Engagement der einzelnen Hochschulleitungen eine entsprechende Satzung daraus zu formulieren. Studentische Einrichtungen bemühen sich derzeit vergebens um gleichberechtigte Teilhabe und Umsetzung. Das hat zur Folge, dass es subjektive und wenig transparente Auswahl- und Vergabekriterien gibt. Die Vergabe dieses Stipendiums wird daher vielerorts vorbei an vielen Gremien und demokratischen Verteilungsprozessen entschieden.

Ebenfalls ist feststellbar, dass all jene davon finanziell profitieren werden, die es finanziell am wenigsten nötig haben.

Schavan gibt mit dem Deutschlandstipendium den Startschuss für eine subjektive und marktorientierte Beurteilung in ökonomisch wertvollere und ökonomisch weniger wertvolle Studienfächer. Diese Sichtweise, lehnt der fzs ab. Aus diesem Grund hält der fzs den Ausbau der Bildungsfinanzierung nach dem Modell des BAföG oder darüber hinaus für unerlässlich. Es muss einen elternunabhängigen Vollzuschuss ohne Altersbeschränkung geben. Erst dann ist ein Schritt in Richtung finanzieller Unabhängigkeit im Studium getan.

Das Deutschlandstipendium bewirkt weder eine Motivation zu Spitzenleistungen noch eine gesunde Einbettung der Hochschulen in ihr gesellschaftliches Umfeld. Die Erfahrung zeigt, dass Stipendien per se kein geeignetes Instrument zur Herbeiführung von Bildungsgerechtigkeit sind.

Christin

Aktionstage – Gesellschaft macht Geschlecht! Gegen Sexismus und Homophobie

Vom 7. bis zum 11. November 2011 fanden in elf Städten der BRD zum sechsten mal Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie statt. Diesmal unter dem Motto *Stereotyping?! – gesellschaft macht geschlecht*.

Die Thematik wurde in den Student*innenschaften vor Ort aus sehr verschiedenen Blickwinkeln und mit sehr unterschiedlichen Methoden angegangen. So gab es diverser Vorträge zur Queer Theory⁵ (und deren Kritik), zur Frauenpolitik in Zeiten der Haushaltskürzungen, zur emanzipatorischen Bewegung, zur Geschichte der Homophobie, zu nicht-normativer Kinderbücher, Transsexualität und vielem mehr. Ebenso wurden in verschiedenen Orten Aktionen wie Crossstressing und Kiss-Ins oder ganz praktische Empowerment-Workshops gegen Sexismus und Homophobie im Seminarkontext organisiert. Den Aktionstagen ging ein Vorbereitungsseminar im Oktober in Berlin voraus bei dem Interessierten die Möglichkeit gegeben wurde, Grundlagen der Projektplanung und Öffentlichkeitsarbeit zu wiederholen, sowie die eigene Arbeit vor Ort zu reflektieren. Darüber hinaus wurden aktuelle Frauen- und Genderpolitische Fragen in der Hochschule und darüber hinaus diskutiert und ein erster Blick in Richtung Aktionstage 2012 gewagt.

Tilman

⁵ Queertheorie: die geschlechtliche wie sexuelle Identität ist nicht „naturegegeben“, sondern werden erst in sozialen und kulturellen Prozessen konstruiert.

Übersicht über die verschiedenen Varianten bei der Beschaffung von Kulturtickets

Bei der von uns durchgeführten kleinen Umfrage, auf welche Weise sich Studierende Kulturtickets zu günstigeren Preisen beschaffen können, haben sich vor allem die folgenden Varianten herauskristallisiert.

Diese möchten wir euch kurz vorstellen:

1. *Das Gutscheinheft* (teilweise nur für Erstsemester)

Zu Beginn ihres Studiums bekommen die Studierenden (oder nur Erstsemester) einen Gutscheinblock, mit dem sie fast alle Kulturinstitutionen der Stadt zu einem günstigeren Preis in Anspruch nehmen können.

2. *Die Restkarten*

Sind kurz vor einer Vorstellung (meist Theater, Oper etc.) nicht alle Karten verkauft, bekommen Studierende die Restkarten zu einem bestimmten günstigeren Fixpreis.

Mancherorts müssen sich die Studierenden bei diesem Modell zu Beginn des Semester eine Abo-Karte für ca. 10,00 € kaufen, um die Restkarten bekommen zu können.

(Karlsruhe, Leipzig, Freiberg,...)

2.1 *Projekt „freiKartE“*

Erstsemester bekommen im ersten Studiensemester alle Restkarten umsonst.

(Hamburg)

2.2 *Karlsruhe*

Dort bekommt die Studierendenvertretung für eine Veranstaltungswoche ein bestimmtes Kartenkontingent. Studierende können diese Karten dann für 5,00 Euro erwerben.

3. *Das Mainzer Modell*

Der ASTA Mainz hat einen Vertrag mit dem Staatstheater und bezahlt je eingeschriebener Student*in pro Semester einen Euro. Dafür bekommen alle Studierenden in den letzten drei Tagen vor einer Vorstellung (ausgenommen Premieren) alle noch vorhandenen Karten kostenfrei.

4. *Das Göttinger Modell* (steht noch zur Abstimmung)

Das ASTA Göttingen hat noch eine Erweiterung des Mainzer Modells. Für 7,60 Euro pro Studierenden pro Semester können die Studierenden 11 Institutionen besuchen. Dabei sind das größte Theater der Stadt, sowie kleinere Kultureinrichtungen. Außerdem gibt es freien Eintritt in den Museen und Sammlungen der Universität und teilweise sind Besuche von Rock- und Jazz-Clubs kostenfrei.

5. *Die eigenen Angebote*

Viele Hochschulen organisieren viele eigene Kulturangebote, die sie kostengünstig oder kostenfrei insbesondere ihren Studierenden zu Verfügung stellen. Kino, Konzerte, Mal-/Zeichnkurse, Musikkurse, Theater, Aktionstage – um nur einige Beispiele zu nennen.

Salome

Neuregelungen beim Kindergeld! Wichtig für alle Student*innen und Schüler*innen!

Ab dem 1.1.2012 gibt es eine wichtige Neuerung beim Kindergeld!

1. Bei einer Erstausbildung werden Einkünfte (Nebeneinkünfte aus Erwerbstätigkeit, Halbwaisenrente, Stipendien) generell nicht mehr auf das Kindergeld angerechnet!
2. Bei einer Zweitausbildung werden Einkünfte nicht angerechnet, wenn die wöchentliche Arbeitszeit 20 h nicht überschreitet oder es um Einkünfte im Rahmen eines geringfügigen bzw. kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisses oder einer Ausbildungsvergütung handelt.

Diese Regelungen sind sehr wichtig und wir danken der GEW, die uns mit ihrem Flyer auf diese wichtigen Neuerungen aufmerksam gemacht hat.

Salome

Information für unsere Mitglieder zum Bahncard-Großkundenrabatt

Mitte Mai 2011 hat uns die Deutsche Bahn davon in Kenntnis gesetzt, dass am 12. Juni 2011 die Bahncards Business 25 und 50 eingeführt werden und dass in der Folge die Kombination von Bahncard-Rabatt mit dem Firmenkundenrabatt ab dem 11. Dezember nur noch für Inhaber*innen der neuen Bahncard Business, die ab dem 11. Dezember 2011 50,00 € mehr kosten wird als die private Bahncard, möglich ist.

Wir haben daraufhin mehrere Telefonate mit der für uns zuständigen Firmenkundenbetreuung geführt und mitgeteilt, dass dies für die ehrenamtlich Aktiven beim fzs und in allen Studierendenvertretungen die Teilnahme am Großkundenrabatt des fzs oder der Hochschule unmöglich macht. Gleichmaßen betroffen sind alle übrigen Ehrenämter mit Reisetätigkeit.

Ende Juni 2011 haben wir eher beiläufig erfahren, dass bereits seit 12. Juni 2011 der fzs-Großkundenrabatt nicht mehr mit dem Bahncardrabatt kombiniert werden kann, wenn die private Bahncard 25 oder 50 ab Juni 2011 beschafft/ausgestellt wurde. Nur Bahncards, die vor Juni 2011 über den 12. Juni 2011 hinaus gültig sind, können innerhalb ihres Gültigkeitszeitraums bis maximal 10. Dezember 2011 noch mit dem Großkundenrabatt kombiniert werden.

Erst nach vielfachem Drängen konnten wir die Firmenkundenbetreuung der Deutschen Bahn zu einem Treffen bewegen. Dieses Treffen Anfang November hat leider nicht zu einem von uns gewünschten Ergebnis geführt. Die Bahn weigert sich vehement, eine spezielle Lösung für ehrenamtlich Reisende und Studierende anzubieten. Wir bedauern, dass wir keine zufrieden stellende Lösung herbeiführen konnten.

An dieser Stelle bleibt uns nur noch folgendes mitzuteilen: Bis zum 10. Dezember 2011 gibt es die Bahncard Business noch zum Preis der privaten Bahncard. Auch das Upgrade einer noch gültigen privaten Bahncard ist möglich. Wer also die Bahncard Business noch zum



günstigeren Preis haben möchte, muss uns dies umgehend mitteilen, da nur wir als Firmenkunde diese Karte, die dann den Großkundenrabatt weiterhin bereithält, besorgen können. Hierfür benötigen wir ein ausgefülltes und unterschriebenes Antragsformular im Original sowie eine Kopie eures Personalausweises und ggf. eine Kopie eurer derzeitigen Bahncard. Das Antragsformular schicken wir euch per Email zu, sobald ihr euch bei uns meldet. Neben diesen Unterlagen benötigen wir eine Kostenübernahmeerklärung durch eure Studierendenvertretung bzw. einen entsprechenden Geldeingang auf unserem Konto, da der fzs e.V. für die Bahncard Business der Kostenschuldner gegenüber der Bahn ist.

Wer diese Möglichkeit noch in Anspruch nehmen möchte, muss die vorgenannten Formalien bis 08. Dezember 2011 erledigt haben, da wir es sonst aus zeitlichen Gründen nicht mehr schaffen, die Bahncards Business zu besorgen.

Ausschüsse

Im fzs gibt es derzeit sieben inhaltliche Ausschüsse:

- Finanzen
- Frauen- und Genderpolitik
- Hochschulfinanzierung/-struktur
- Internationales
- Verfasste Studierendenschaft/Politisches Mandat
- Sozialpolitik
- Studienreform

Damit alle einen Einblick bekommen, was diese derzeit machen, können die Ausschüsse in dem Newsletter berichten.

Ausschuss ASR

Der Ausschuss Studienreform besteht mit nach gewählten und kooptierten Mitgliedern aus 12 Personen und wird von dem Vorstandsmitglied Erik betreut. Nach einem ersten inhaltlichen Treffen im August Tölz hat sich der Ausschuss in Berlin im Oktober konstituiert. Themen, welche in diesem Halbjahr behandelt werden sollen, wurden festgelegt.

Der Ausschuss wird sich Schwerpunktmäßig mit der Systemakkreditierung, Bildung vs. Ausbildung, Anwesenheitspflichten und „*student centered learning*“ beschäftigen. Der Ausschuss möchte zu diesen Themen nicht nur für die nächsten Mitgliederversammlung Positionen vorbereiten, sondern auch Material erarbeiten, welches an den Hochschulen den fzs präserter macht. Auf der nachfolgenden Sitzung im November in Kassel wurden drei Flyertexte zum Thema Anerkennung, ECTS und Akkreditierung erarbeitet. Ergänzend zu neuen und älteren Positionspapieren sollen weitere Flyer erstellt bzw. überarbeitet werden. Alte Positionspapiere aus dem Themengebiet sollen eventuell überarbeitet und mit Begleit-Flyern beworben werden. In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Hochschulfinanzierung/-struktur wird das Thema Studienplatzproblematik behandelt, mit dem Ausschuss Sozialpolitik ist eine Zusammenarbeit zum Thema „*Employability*“ geplant. Auf der gemeinsamen Ausschusssitzung in Berlin haben der Ausschuss Studienreform und Hochschulfinanzierung bereits zum Thema Studienplatzproblematik gearbeitet, mit dem Ziel einer Pressemitteilung



und eine Strategie in Zusammenarbeit mit den Hochschulleitungen zu erarbeiten. Der Schwerpunkt des nächsten Treffens am 13.-15.1.12 in Köln wird die Systemakkreditierung sein. Studierendenschaften, welche an Ihrer Hochschule bereits Erfahrungen mit der Systemakkreditierung haben, mögen bitte Kontakt mit dem Ausschuss aufnehmen, um Ihre Erfahrungen in die Meinungsbildung einfließen zu lassen. ausschuss-studienreform@fzs.de oder erik.marquardt@fzs.de . Wenn ihr beim Ausschuss mitarbeiten wollt, könnt ihr euch selbstverständlich auch melden.

Isabella

Reader für Studierende in Berufungskommissionen

Wie ist eigentlich der*die Professor*in an die Hochschule gekommen? Seine*ihre Lehre ist doch so miserabel, wer hat denn das bestimmt? Kann ich denn in einem Berufungsverfahren mitmachen?

Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich der "Reader für Studierende in Berufungskommissionen". Er ist ideal für Einsteiger*innen, die sich bisher eher wenig mit der Materie beschäftigt haben, aber vor ihrer ersten Berufung stehen. Er dient als Leitfaden, der alle Schritte eines Berufungsverfahrens erklärt und genau aufzeigt, worauf geachtet werden muss.

Aber auch für erfahrenere Studierende kann er nützlich sein. Denn es werden zum Beispiel "Bekannte Probleme (bei Berufungsverfahren) und Strategien des Umgangs" diskutiert. Allein dieses Kapitel kann für alle sehr praktikabel sein.

Der Reader ist wie folgt aufgebaut:

1. Einleitung
2. Wie komme ich in ein Berufungskommission und wie kann ich mich vorbereiten?
3. Kriterien für Berufungen
4. Zuständigkeiten
5. Verfahren
6. Bekannte Probleme und Strategien des Umgangs
7. Gleichstellung
8. Juniorprofessuren
9. Mögliche Fragen an Bewerber*innen
10. Literatur
11. Stimmen von Studierenden aus Berufungskommissionen

Weitere Informationen erhaltet ihr hier: <http://www.fzs.de/service/bestellen/index.html#1364>



Was steht in den kommenden Wochen an?

Dezember

09.12.11 – 11.12.11	3. ord. Sitzung des Ausschuss der Student*innenschaften in Kassel
09.12.11 – 11.12.11	fzs-Seminar „Hochschulpolitik für Einsteiger*innen in Stuttgart

Januar

03.01.2012	Telefonkonferenz des Ausschusses Internationales
05.01.12 – 08.01.12	Sitzung des Ausschuss Hochschulfinanzierung/-struktur in Bremen
13.01.12 – 15.01.12	Sitzung des Ausschusses Studienreform
20.01.12 – 22.01.12	4. ord. Sitzung des Ausschuss der Student*innenschaften in Mainz

Alle weiteren Informationen, sowie Programme und Tagesordnungen findet ihr unter <http://www.fzs.de/termine/index.html> .